

Satzung
über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen
an öffentlichem Verkehrsraum
der Gemeinde Röthlein
(Sondernutzungsgebührensatzung – SNGS)

vom 01. Februar 2005

Auf Grund des Art. 18 Abs. 2 a des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes sowie des § 8 Abs. 3 Sätze 5 und 6 des Bundesfernstraßengesetzes erlässt die Gemeinde Röthlein folgende

Satzung

§ 1

Gebührengegenstand

Für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Gemeinde werden Gebühren nach dieser Satzung erhoben. Eine gebührenpflichtige Sondernutzung liegt bei einer (Werbe-)Anlage nicht vor, wenn sie nicht mehr als 15 cm in den Verkehrsraum hineinragt. Auch für nicht erlaubte Sondernutzungen werden Sondernutzungsgebühren erhoben.

§ 2

Gebührenhöhe

- (1) Die Höhe der Gebühr bemisst sich nach dem als Anlage beigefügten Gebührenverzeichnis.
- (2) Für nicht erlaubte Sondernutzungen erhöht sich die Gebühr auf das zweifache der im beiliegenden Gebührenverzeichnis bemessenen Gebühr.
- (3) Bei Sondernutzungen, für die das Gebührenverzeichnis Rahmensätze vorsieht oder die nicht im Gebührenverzeichnis aufgeführt sind, bemessen sich die Gebühren im Einzelfall nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch sowie nach dem wirtschaftlichen Interesse des Gebührenschuldners.
- (4) Bruchteile der im Gebührenverzeichnis angegebenen Maß- und Zeiteinheiten werden auf eine volle Einheit aufgerundet.
- (5) Bei wiederkehrenden jährlichen Gebühren werden für angefangene Kalenderjahre anteilige Gebühren erhoben; dabei wird jeder angefangene Monat mit 1/12 des Jahresbetrages berechnet.
- (5) Die Mindestgebühr beträgt 5,- Euro.

§ 3

Kapitalisierung

- (1) Bei auf Dauer angelegten Sondernutzungen, die gebäudebezogen sind oder von Einrichtungen der öffentlichen Hand betrieben werden, kann die laufend wiederkehrende Sondernutzungsgebühr auf Antrag des Gebührenschuldners durch Zahlung eines einmaligen Betrages abgelöst werden (Kapitalisierung).
- (2) Die Ablösung beträgt das 20fache der Jahresgebühr.

§ 4

Gebührenfreiheit

- (1) Sondernutzungsgebühren entfallen, wenn aufgrund gesetzlicher Vorschriften unentgeltliche Sondernutzung erlaubt ist.
- (2) Sondernutzungen, die nach ausdrücklicher vertraglicher Festlegung unentgeltlich ausgeübt werden können oder für die eine einmalige Ablösung gezahlt wurde (Kapitalisierung), bleiben gebührenfrei, solange sie unverändert ausgeübt werden. Den Nachweis hierfür hat der Berechtigte zu erbringen.
- (3) Ebenfalls gebührenfrei bleiben Sondernutzungen, die bei bereits bestehenden Bauten durch Straßenbaumaßnahmen erforderlich werden (z.B. Lichtschächte).
- (4) Liegt die Ausübung der Sondernutzung im öffentlichen Interesse, so kann Gebührenfreiheit oder Gebührenermäßigung gewährt werden.
- (5) Gebührenfreiheit kann auch ganz oder teilweise gewährt werden
 - a) für Sondernutzungen von Einrichtungen der öffentlichen Hand,
 - b) für Sondernutzungen, die ausschließlich zu sozialen oder karitativen Zwecken ausgeübt werden,
 - c) für Sondernutzungen aus Anlass von kirchlichen Umzügen und Veranstaltungen,
 - d) für nichtgewerbliche Volksbelustigungen, Musik- und Gesangsdarbietungen und ähnliches,
 - e) für Wahlwerbung innerhalb 6 Wochen vor Wahlen oder Volksentscheiden.

§ 5

Gebührensschuldner

- (1) Gebührenschuldner ist
 - a) wem die Sondernutzungserlaubnis erteilt ist,
 - b) dessen Rechtsnachfolger,
 - c) wer die Sondernutzung ausübt.
- (2) Geht die Sondernutzung von einem Grundstück aus, so ist Gebührenschuldner auch der Eigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte des Grundstückes.
- (3) Bei Baumaßnahmen sind sowohl die ausführende Baufirma als auch der Bauherr Gebührenschuldner.
- (4) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 6**Entstehen der Gebührenschuld und Fälligkeit**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Erteilung der Erlaubnis und wenn eine solche (noch) nicht erteilt wurde mit der erstmaligen Ausübung der Sondernutzung und ist zu diesem Zeitpunkt auch zur Zahlung fällig.
- (2) Steht die Dauer der Sondernutzung bei der Erteilung der Erlaubnis noch nicht fest und erfolgt die Gebührenfestsetzung daher nachträglich, so sind die Gebühren 14 Tage nach Zahlungsaufforderung fällig.
- (3) Bei monatlichen oder in längeren Zeiträumen wiederkehrenden Gebühren tritt die Fälligkeit jeweils am 3. Werktag der betreffenden Zeiteinheit ein, frühestens 14 Tage nach der erstmaligen Zahlungsaufforderung.

§ 7**Gebührenerstattung**

- (1) Wird von einer Erlaubnis kein Gebrauch gemacht, so können bereits bezahlte Sondernutzungsgebühren ganz oder teilweise erstattet werden.
- (2) Endet die Sondernutzung vor Ablauf des Zeitraumes, für den Sondernutzungsgebühren entrichtet wurden, so kann die Gebühr anteilig erstattet werden.
- (3) Die Erstattung ist nur auf schriftlichen Antrag, der im Falle des Abs. 1 innerhalb eines Monats nach dem beabsichtigten Beginn der Sondernutzung, sonst innerhalb eines Monats nach Beendigung der Sondernutzung zu stellen ist, möglich.
- (4) Beträge unter 5,- Euro werden nicht erstattet.

§ 8

Die Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Röthlein, 02. Februar 2005
GEMEINDE RÖTHLEIN

- 
Engelbrecht
1. Bürgermeister

**Bekanntmachungsvermerk:**

Veröffentlicht im „Amtsboten der Großgemeinde Röthlein“ Nr. 5 vom 11. Februar 2005

**Anlage zur Sondernutzungsgebührensatzung
Sondernutzungsgebühren-Verzeichnis**

Nr. Art der Sondernutzung einheit	Maßeinheit	Zeit	Betrag in Euro
1 Absperren einer Straße (ganzseitige Sperrung)		Tag	10,00
2 Absperren einer Straße (halbseitige Sperrung)		Tag	5,00
3 Aufstellen von Bagerüsten, Baukränen, Bauhütten und -planken sowie Lagerung von Baustoffen, -materialien und Gegenständen aller Art sowie Aufgrabungen und Rohrdurchpressungen (Aufgrabungen zur Herstellung von Hausanschlüssen an gemeindliche Versorgungsleitungen sind gebührenfrei)	qm Verkehrs- fläche	Woche	0,50
4 Reklametafeln, Hinweistafeln (ab 0,6 m ² Ansichtsfläche)			gebührenfrei

**die ersten 48 Stunden
der Sondernutzung
sind gebührenfrei!**

Nr. Art der Sondernutzung einheit	Maßeinheit	Zeit	Betrag in Euro
5 Unerlaubte Sondernutzung			
a) Wohnwagen, Bootsanhänger, Anhänger oder ähnliches, die ohne amtliche Zulassung oder nicht betriebsbereit auf öffentlichen Verkehrsflächen oder länger als zwei Wochen entgegen den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung (§ 12 Abs. 3 b StVO) abgestellt sind	je Fahrzeug	täglich	5,00
b) Fahrzeuge ohne amtliche Zulassung sowie Fahrzeuge mit oder ohne eigene Antriebsmöglichkeit, die verbotswidrig auf öffentlichen Verkehrsflächen abgestellt sind	je Fahrzeug	täglich	5,00
6 Wandautomaten bis 0,2 m ² Frontfläche Wandautomaten ab 0,2 m ² Frontfläche	qm qm	Jahr Jahr	15,00 30,00

Für den Erlaubnisbescheid wird eine Verwaltungsgebühr von 5,00 € erhoben. Bei Zustellung durch Postversand werden die dadurch entstehenden Auslagen hinzu gerechnet.